

Die ausgehandelten Revolutionen

Politische Kommunikation in Parlament und Öffentlichkeit
beim Umbruch zur Demokratie in Spanien und Polen

Dominik Trutkowski



DROSTE ■



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 183

Reihe
Parlamente in Europa 7

Dominik Trutkowski

Die ausgehandelten Revolutionen

Politische Kommunikation in Parlament und
Öffentlichkeit beim Umbruch zur Demokratie
in Spanien und Polen

Droste Verlag 2021



Copyright © 2021 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2021
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5351-3

Vorwort

Eine Promotion gleicht einem Abenteuer – einer faszinierenden Reise ins Unbekannte, deren Weg oft steinig und Ausgang ungewiss erscheint. Alles begann mit einem an der Universität Heidelberg von Edgar Wolfrum und Frank Engenhäusen geleiteten Forschungsprojekt, das sich mit Parlamenten nach staatspolitischen Umbrüchen im Europa des 20. Jahrhunderts beschäftigte. In Heidelberg erhielt ich die Chance, mich in einem von Historikern bislang kaum erforschten Feld konzeptionell auszuprobieren – beiden Projektleitern danke ich hierfür. Mit der Zeit kristallisierte sich die Idee heraus, die Parlamente Spaniens und Polens allen voran mit kulturgeschichtlichen Fragestellungen zu untersuchen. In Berlin traf ich auf Thomas Mergel. Ich kannte seine Habilitationsschrift über die parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik sowie seine Aufsätze zur Kulturgeschichte der Politik, die mich stark inspirierten. Er wurde der Mentor meiner Arbeit und betreute meine Dissertation über die Jahre überaus gewissenhaft. Sein hoher Anspruch insbesondere in methodischen Fragen befeuerte mich und seine Geduld half mir, auch während so mancher Durststrecken am Ball zu bleiben. Für all das danke ich ihm herzlich.

Auf Konferenzen, Kolloquien und Workshops hatte ich die Möglichkeit, meine Arbeit vorzustellen und meine Thesen auf den Prüfstand zu stellen: Hier möchte ich vor allem Walther L. Bernecker danken, der mir anriet, mich nicht in den öffentlichen Gedächtnisdiskursen Spaniens zu verlieren und mich vielmehr auf das tatsächlich Gesagte zu konzentrieren; Johannes Paulmann bewahrte mich vor teleologischen Fallstricken in meiner konzeptionellen Anfangsphase; Werner J. Patzelt erklärte mir in einer wundervollen Allegorie, dass der theoretische Rahmen meiner Arbeit aus der Empirie erwachsen müsse und nicht andersherum. Thomas Mergels Lehrstuhl war mir stets ein äußerst kommunikativer Raum, in dem mir Kollegen und Mitstreiter auch jenseits des Forschungskolloquiums vielfältige Impulse gaben – Tobias Weidner, Malte Zierenberg, Claudia C. Gatzka, Ivo Komljen, Felizitas Schaub, Benjamin Schröder, Sebastian Seibert, Anne Joly, Patrick Deinzer, Paul Benedikt Glatz und Alexandre Bibert sei hier besonders gedankt. Birgit Aschmann möchte ich nicht nur dafür danken, dass ich meine Arbeit in ihrem Kolloquium vorstellen durfte und dabei wichtige Anregungen erhielt. Zugleich danke ich ihr für ihre große Hilfsbereitschaft und Mühe, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Ich danke der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) für das mir anvertraute Promotionsstipendium, ohne das diese Studie nicht hätte realisiert werden können. Meinem Vertrauensdozenten bei der HBS, Peter Brandt, danke ich für seine Unterstützung während meiner Promotionsphase sowie die Anstöße, die ich aus seinem Forschungskolloquium mitgenommen habe. Danken möchte ich auch

dem Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) in Mainz sowie allen Mitarbeitern des IEG, besonders meinen Mentoren, Thomas Weller und Zaur Gasimov; als Fellow dieses Instituts durfte ich ein dreiviertel Jahr in dieser wunderschönen Stadt am Rhein konzentriert an meiner Arbeit schreiben und meine Thesen in einer internationalen Gesprächsatmosphäre weiter schärfen – gedankt sei an dieser Stelle auch meinem finnischen Mitstreiter, Matti Nikkanen.

Wertvolle Hinweise und Kritik zu dem in dieser Arbeit verfolgten transnational ausgerichteten Spanien-Polen-Vergleich erhielt ich vor allem von Stefan Troebst, José M. Faraldo und James Mark. Großer Dank gebührt auch Klaus Ziemer, der diese Arbeit schon früh kennenlernte und mir über die Jahre vor allem in Parlamentsfragen zum polnischen Sejm wertvolle Anregungen gab. Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) hat diese Arbeit nicht nur als eine der ihren angenommen, sondern in der Person ihres Generalsekretärs, Prof. Dr. Andreas Schulz, gemeinsam mit Verena Mink vorzüglich betreut und bis zur Drucklegung begleitet – die Zusammenarbeit mit beiden war mir eine große Freude. Die vorliegende Buchfassung ist eine in Teilen überarbeitete Version meiner 2016 an der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichten Dissertationsschrift.

Über Thomas Mergels Forschungskolloquium hinaus wurde ich an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) auch durch die HU-Docs, das universitätseigene Doktoranden-Netzwerk, tatkräftig unterstützt. Ob in gemeinsamen Kaffeepausen, beim Mittagessen in der Mensa, während spannender Veranstaltungen oder dem rituellen Tischtennispiel bei schönem Wetter – unter anderem mit Colin Arnaud, Daniel Bißmann, Kishimjan Osmonova, Bohdan Androshchuk, Wolfdietrich Peiker, Stefan Thierfelder und Jana K. Kreutzmann konnte man sich nicht nur fächerübergreifend produktiv austauschen, vor allem hatte man das Gefühl als Doktorand nicht allein auf weiter Flur zu sein. Zu danken habe ich Gregor Metzig, Anna Delius und Diana Artus, die weite Teile meiner Arbeit gelesen und mit mir diskutiert haben. Besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle meinem ehemaligen Schulleiter des Stuttgarter Dillmann-Gymnasiums, Dieter Schmidt, aussprechen. Er hat das Manuskript mehrfach vollständig gelesen und wichtige inhaltliche und sprachliche Korrekturen angeregt. Für diese Knochenarbeit sowie dafür, dass ich von ihm über die Jahre so vieles lernen durfte, bin ich zutiefst dankbar. Schließlich und endlich möchte ich meiner Mutter, Anna Trutkowska, danken. Auch von ihr habe ich unsagbar viel gelernt. Es war vor allem ihre Liebe, ihr Humor und ihre Zuversicht, die mich stets aufmunterten und anspornten, die Arbeit zu einem guten Abschluss zu bringen – obwohl sie mich auch immer wieder fragte, wann ich endlich damit fertig sei. Ihr möchte ich die Arbeit widmen.

Inhalt

Vorwort	5
-------------------	---

Einleitung

1. Thema und Fragestellung: Gespaltene Gesellschaften im Ringen um Verständigung – die Rolle von Parlament und Öffentlichkeit	11
2. Europa als diachroner Kommunikationsraum: Vom anderen lernen – polnische Akteure im Blick auf die spanische Transición	23
3. Theoretischer und methodischer Zugriff: Ein diachron-international vergleichender und transferhistorischer Ansatz zur Untersuchung performativer Argumentationsmuster	27
4. Forschungsstand	35
5. Quellen	43

I. Teil

Politisches Sprechen in der Diktatur: Akteure und ihre Handlungsräume

Erstes Kapitel

Staatliche Öffentlichkeit	51
1. Die Redeordnung im Plenum scheindemokratischer Parlamente	51
1.1 Strikte Hierarchien im Akklamationsparlament der Cortes	51
1.2 Inszenierte Vielfalt im »Mini-Parlament« des Sejm	60
2. Die Steuerung politischer Kommunikation	71
2.1 Presse und Cortes im entpolitisierten Spanien	71
2.2 Presse und Sejm im ultramobilisierten Polen	78
3. Kommunikative Chancen in Legitimitätskrisen des Regimes	86
3.1 Erweiterte Handlungsräume der Technokraten in den Cortes . . .	86
3.2 Der Sejm – vom Monolog zum Dialog im Polnischen Sommer 1980	95

Zweites Kapitel

Informelle Gegenöffentlichkeiten	105
1. Evolutionäre Strategien oppositioneller Akteure	105
1.1 Zwischen Verständigung und Konfrontation – die demokratische Opposition in Spanien	105
1.2 Das KOR – Vorkämpfer der Verständigung in Polen	111
1.3 Spanien als Lernmodell: Comisiones Obreras und »reforma pactada« in Polen (1976–1988)	117
2. Die staatlich unabhängige Presse als Ersatzparlament	129
2.1 Tribüne des Dialogs – die private Presse in Spanien	129
2.2 Die zensierte Presse in Polen – politische Rhetoriken des Kompromisses	135
Zwischenergebnisse	
Praktiken der Konsensbildung in der Diktatur	144

II. Teil

Politische Kommunikationsstrategien am Ende der Diktatur

Erstes Kapitel

Die Regulierung politischer Unsicherheit: Neu verhandelte Legitimationssemantiken	155
1. Krisenbegriffe und ihre Funktion	155
1.1 Vorstellungen eines krisenfreien Spaniens in spätfranquistischer Zeit.	155
1.2 »Krise« im politischen Diskurs in der Zeit des Kriegsrechts	161
1.3 Der tabuisierte Krisenbegriff und seine diskursiven Projektionen nach Franco	167
1.4 Die »Krise« als Katalysator für einen demokratischen Wandel in Polen	175
2. Sich neu erfinden – politische Selbstvergewisserung durch Traditionsbezüge zur Demokratie.	188
2.1 Die Inszenierung demokratischer Kontinuität: Dialektische Redeweisen zwischen »reforma« und »ruptura«.	188
2.2 Rhetoriken politischer Einigkeit in Polen	195

Zweites Kapitel

Repräsentationen politischer Inklusion: Der Aufbruch in eine gemeinsame Öffentlichkeit 205

1. Die Idee der konfliktfreien Kommunikation und ihre Störungen . . . 205
 - 1.1 Wandel der Redeordnung in den Cortes 205
 - 1.2 Brüche mit dem Regeldiskurs im Sejm 214
2. Durchbrechen des großen Schweigens – politisch Geächtete und ihre Premiere in der staatlichen Öffentlichkeit 225
 - 2.1 Öffentlichkeiten zwischen Hinterzimmern, Cafés und Regierungsresidenzen in Spanien 225
 - 2.2 Die Öffnung des Konfliktaustrags in Polen 234

Drittes Kapitel

Praktiken nationaler Integration: Die Vergangenheit als Argument . . . 253

1. Die Herstellung symbolischer Konsensebenen 253
 - 1.1 Zauberformeln des Neuanfangs in Spanien 253
 - 1.2 Die national-introspektive Beschwörung der Vergangenheit in Polen 262
 - 1.3 Spanien als Lernmodell: Polnische Akteure zwischen Abwehr und Appell (1989/90) 270
2. Rhetoriken der Diktaturbewältigung im Zeichen der ideologischen Distanzierung 278
 - 2.1 Rechtfertigungsformeln für die franquistische Vergangenheit . . . 278
 - 2.2 Symbolische Gesten der Bewältigung kommunistischer Vergangenheit 283

Zwischenergebnisse

Der Konsens als Praxis des Verhandelns 288

III. Teil

**Die konfliktive Aushandlung
der neuen demokratischen Ordnung**

Erstes Kapitel

Nationale Konfliktlinien und ihre Performanz 301

1. Sprachkämpfe um die regionale Autonomie in Spanien 301
2. Der Sejm im Zeichen der »Beschleunigung« – Brüche mit dem Elitenkompromiss in Polen 312

Zweites Kapitel

Der Streit um die neue parlamentarische Redeordnung	329
1. Die regulierte Kommunikation im Congreso	329
2. Konflikte um die schrankenlose Kommunikation im Sejm	336

Drittes Kapitel

Versöhnte Gegner? Kommunikationsmodi des konfliktiven Erinnerens . . .	349
1. Das Neuverhandeln des »consenso« und der Mythos des »pacto de silencio«	349
2. Trotz des »dicken Strichs« – dissoziative Geschichtspolitik als <i>Usus</i> in Polen	362
3. Spanien als Lernmodell: »borrón y cuenta nueva« – vergangen- heitspolitisches Patentrezept für Polen (1989–91).	370

Zwischenergebnisse

Vom Konsens zum Dissens	380
-----------------------------------	-----

Fazit

Spanien und Polen im internationalen Vergleich	389
--	-----

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	399
Abbildungsverzeichnis	401
Quellen und Literatur	402
Personenregister	416

Einleitung

1. Thema und Fragestellung: Gesplante Gesellschaften im Ringen um Verständigung – die Rolle von Parlament und Öffentlichkeit

Der Aufstieg und Fall moderner Diktaturen wird als das Signum der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts schlechthin gedeutet. In besonderer Weise gilt dies für Europa,¹ aber auch außerhalb seiner Grenzen wurde das »Zeitalter der Extreme« im kurzen 20. Jahrhundert wohl durch nichts stärker als durch die Herausbildung und den Niedergang diktatorischer Regime geprägt.² Vor allem interessiert sich diese Arbeit für die Zurückdrängung der Diktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa. Dabei ließ der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa Ende der 1980er Jahre in der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, dass die Demokratie in Europa und der Welt nun endlich ihren Siegeszug angetreten habe.³ Nach der ab Mitte der 1970er Jahre erfolgreich verlaufenen Demokratisierung Südeuropas, Lateinamerikas und Teilen Asiens könne schließlich seit den Ereignissen um das Epochenjahr 1989, so der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington, von einer großen dritten Demokratisierungswelle gesprochen werden.⁴

Ungeachtet dieser teleologischen Deutungsperspektiven auf die Demokratisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts liegt die Besonderheit dieser Prozesse insbesondere darin, dass man es bei dem *Gros* der politischen Umbrüche in den einzelnen Staaten im Süden und Osten Europas weder mit groß angelegten Reform- oder Liberalisierungsentwürfen noch mit klassischen Formen der Revolution zu tun hat. Vielmehr vollzog sich der demokratische Umbruch in den einzelnen Ländern im Süden wie auch im Osten Europas friedlich, größtenteils ohne Blutvergießen und zugleich in atemberaubender Geschwindigkeit. Schon hier deutet sich der besondere Charakter dieser revolutionären Umwälzungen an.⁵ Sehr deutlich fängt der in Anlehnung an die spanische *Transición* von Politikologen geprägte Begriff der Transition das Geschehene ein; ein Terminus, der den Übergang von autokratischen Systemen zur Demokratie bezeich-

¹ Vgl. D. SCHMIECHEN-ACKERMANN, Diktaturen im Vergleich, 2006, S. 3; siehe hierzu allgemein G. BESIER, Europa der Diktaturen, 2006.

² E. HOBBSAWM, Age of Extremes, 1994.

³ Als klassisches Beispiel vgl. F. FUKUYAMA, End of History, 1992.

⁴ S. P. HUNTINGTON, Third Wave, 1991.

⁵ Anschaulich fasst der Historiker Philipp Ther die Kontroverse über die Verwendung des Revolutionsbegriffs für die Umbrüche in den einzelnen Ländern Osteuropas 1989 zusammen. DERS., 1989, 2010, S. 1 ff.

net.⁶ Demnach sind Übergänge von der Diktatur zur Demokratie die Folge einer aus unterschiedlichen Gründen – meist aufgrund des Verlusts politischer Legitimität durch gesellschaftliche Mobilisierungsprozesse – erfolgten Kapitulation der Regimeeliten, die sich dazu bereit erklären, das Land in Richtung Demokratie zu führen. Das Spezifikum solcher »von oben« eingeleiteten Übergänge zur Demokratie ist, dass sie ausgehandelt wurden; in der Regel geschah dies in einem komplexen Zusammenspiel zwischen Reformern und Hardlinern innerhalb des Regimes auf der einen sowie zwischen Reformern und den Gemäßigten innerhalb der demokratischen Opposition auf der anderen Seite.⁷

Anders als die Länder Südeuropas Mitte der 1970er Jahre sahen sich die Staaten Osteuropas Ende der 1980er Jahre dabei mit einer – wenn man so will – transitionalen Mehrfachproblematik konfrontiert. Denn als der Kommunismus 1989 zusammenbrach, waren die einzelnen Ostblockstaaten gewissermaßen auf sich allein gestellt. Ähnlich wie die südeuropäischen Länder 15 Jahre zuvor hatten sie zwar mit dem Zielanker »Europa« im Sinne einer freiheitlich verfassten demokratischen Ordnung eine relativ klar formulierte Idee, wohin die Reise gehen sollte. Auch war ihnen bewusst, dass der Westen sie zum Ausgang des Kalten Kriegs nach einem erfolgreich durchgeführten demokratischen Umbau ihrer politischen Institutionen mit offenen Armen empfangen würde.⁸ Wie man aber genau dahin kommen, wie man das kommunistische System mitsamt seiner rigiden Plan- und Kommandowirtschaft sowie den vielerorts starken inneren Konfliktherden auf einem möglichst friedlichen und gewaltfreien Weg demokratisieren sollte – das schien weniger eindeutig.⁹ Denn historische Erfahrungen mit Übergängen vom Kommunismus zur Demokratie gab es in der Geschichte Europas und der Welt noch nicht. Der 1917 infolge der Oktoberrevolution zuerst in Russland und mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs 1945 im gesamten Osten Europas eingeführte Kommunismus

⁶ Wissenschaftliche Bedeutung erlangte der Transitionsbegriff im Zuge des 1979 am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington D.C. eingerichteten internationalen Forschungsprojekts »Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy in Latin America and Southern Europe«. Mit diesem Projekt wurde der Grundstein der vergleichenden mikropolitologisch-akteurszentrierten Transitionsforschung gelegt. Unter der Leitung von Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead wurden im Jahr 1986 vier aus diesem Forschungsprojekt hervorgegangene Bände publiziert. DIES. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule*, 4 Bde., 1986.

⁷ So auch A. PRZEWORSKI, *Spiel mit Einsatz*, 1990, S. 190–211, hier: S. 196f.

⁸ Dazu allgemein W. WEIDENFELD/M. HUTERER, *Stabilisierung der Demokratien in Osteuropa*, 1992, S. 325–334.

⁹ Der Soziologe und Politikwissenschaftler Claus Offe brachte die Problematik der osteuropäischen Länder, sowohl das politische System als auch die Wirtschaftsordnung demokratisieren zu müssen, auf die prägnante Begriffsformel »Dilemma der Gleichzeitigkeit«. DERS., *Dilemma der Gleichzeitigkeit*, 1991, S. 279–292.

konnte sich bis in das Jahr 1989 – obzwar oftmals in einer Art Dauerkrise – ohne Unterbrechungen behaupten. Die osteuropäischen Länder waren also die ersten, die solche Transitionsprozesse in vollem Umfang zu bewältigen hatten – wobei die Polen dabei eine Pionierrolle übernahmen.¹⁰ Grundsätzlich mangelte es also dem Osten Europas an einem spezifischen *Know-how* zur Überwindung der kommunistischen Diktatur.

Trotz dieser Eigentümlichkeiten des Übergangs vom Kommunismus in die Demokratie waren es in erster Linie die in den einzelnen Staaten im Süden wie auch im Osten Europas am Ende der Diktatur geschlossenen politischen Pakte, die die Akteure vor eine besondere Herausforderung stellten. Denn diese Pakte waren ein untrügliches Zeichen dafür, dass es beim Übergang zur Demokratie mehr denn je auf die Deutungspotentiale und Regelungsstrategien der daran beteiligten Protagonisten ankommen würde, auf welchem Weg die Diktatur zu überwinden und die neue demokratische Ordnung aufzubauen sei. Genau an dieser Stelle möchte diese Arbeit ansetzen. Denn sie fragt nach den von den politischen Akteuren instrumentalisierten kommunikativen Strategien, mit denen der Übergang von der Diktatur zur Demokratie bewältigt werden sollte; und zwar anhand der vergleichenden und transferhistorischen Untersuchung zweier auf den ersten Blick fernliegender Fälle: das Post-Franco-Spanien Mitte der 1970er und das Polen der Perestroika-Ära Ende der 1980er Jahre. Trotz aller Unterschiede, die in einer ideologisch rechts- und linksgerichteten Diktatur Süd- und Osteuropas kondensieren, einte sie vor allem die große Hoffnung auf einen möglichst friedlichen und konfliktfreien Weg in die Demokratie – ohne in eine blutige Revolution abzuleiten.

Dabei waren beide Länder zum Ende ihrer Diktatur in hohem Maße gesplattene Gesellschaften mit tief im kollektiven Gedächtnis verankerten Gewalt- und Konflikterfahrungen: Die Spanier hatten mit ihrem unbewältigten Bürgerkriegstrauma und einer unter Franco künstlich betriebenen Trennung zwischen Siegern und Besiegten zu ringen. Dieser Deutungshorizont schrieb sich in das dichotomische Narrativ der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Formel der »dos Españas« ein. In der kollektiven Erinnerung der Polen dominierte das aus der Teilungszeit des späten 18. Jahrhunderts tradierte dichotomisch zwischen Staat und Gesellschaft unterscheidende Geschichtsbild von »wir« (»my«) und »sie« (»oni«). Nach dieser Lesart wurde das nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtete kommunistische Regime in erster Linie als eine erneute die politische und kulturelle Freiheit der polnischen Nation bedrohende Besatzungsmacht wahrgenommen und von der Mehrheit der Polen als etwas Fremdes rigoros ab-

¹⁰ Siehe zu dieser Pionierrolle Polens innerhalb des sowjetischen Ostblocks K. ZIEMER, *Das politische System Polens*, 2013, S. 21.

gelehnt.¹¹ Große Teile dieses Konfliktpotentials entluden sich in Spanien vor allem in einem schlagkräftigen, gegen den franquistischen Zentralstaat gerichteten regionalen Nationalismus, in Polen in mehreren blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufständen und schließlich in einer im Schulterschluss zwischen der demokratischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und der katholischen Kirche Polens geführten Befreiungsbewegung gegen den sowjetisch geprägten Kommunismus.

Von dieser Warte der fragmentierten, bisweilen zerrissenen Gesellschaften war der Übergang zur Demokratie in Spanien und Polen nicht nur eine weichenstellende *Ouverture* auf dem Weg in ein freies Europa. Vor allem war der »oben« eingeleitete Übergang eine Phase dichter politischer Kommunikation – ein Aushandlungsprozess innerhalb vielschichtiger Kommunikationszusammenhänge, in dem die an der Transition beteiligten Protagonisten auf verschiedene Weise zu einem grundlegenden Verständigungshandeln gezwungen wurden. Dabei galt es, sprachliche und symbolische Konsensebenen zu schaffen, mit denen man trotz der tiefen ideologischen Gräben miteinander reden und potentiell aufbrechende Konflikte durch integrierende Mechanismen auf dialogische Weise regulieren konnte. Auf diese Weise sollte auch nach konfrontativen Verhandlungen der Polarisierung, der Abgrenzung und des Dissens ein »Weitermachen« möglich sein.¹² Während des Übergangs zur Demokratie in Spanien und Polen konnten die Akteure also nicht »irgendwie« sprechen; vielmehr war jedes politische Sprechen Teil eines komplexen Sets kommunikativer Strategien, die darauf abzielten, sich trotz aller Unterschiede sozusagen gegenseitig in die Demokratie mitzunehmen. Bereits diese hier skizzierten Aspekte machen deutlich, dass solch spezifische Formen des Konfliktaustrags als eine Praxis des Verhandeln von den politischen Akteuren erst schrittweise erlernt werden musste.

Dabei brodelte es in beiden Gesellschaften mächtig. Die politischen Führungen Spaniens und Polens standen zum wiederholten Mal unter einem starken Legitimationszwang. Obwohl sie durchaus hätten anders entscheiden können, gaben sie schließlich deutliche Signale für eine Einigung mit den einzelnen gesellschaftlichen Kräften und damit auch für einen echten demokratischen Wandel. Während sich Spanien sogleich nach Francos Tod dem »consenso« verschrieb und Polen mit den Verhandlungen am »Runden Tisch« (»okrągły stół«) wegweisende Kompromisse vorlegte, stellten diese politischen Pakte zu keinem Zeitpunkt eine Garantie für einen in die Demokratie führenden geradlinigen

¹¹ Zu diesen historischen Meistererzählungen Spaniens und Polens vgl. vor allem C. KRAFT, *Diktaturbewältigung*, 2004, S. 37–44, hier: S. 41 f.

¹² Siehe grundlegend zur Problematik der Anschlusskommunikation Niklas Luhmann nach seiner autopoietischen Wende. DERS., *Soziale Systeme*, 1984, S. 191–241.

und gesicherten Weg dar. Die von den Reformern in beiden Ländern propagierte Verständigung entsprach zwar größtenteils der gesellschaftlichen Erwartung. Dennoch wusste zu diesem Zeitpunkt niemand im Land, wohin diese Reise genau führen würde: Genauso möglich wie die rasche Integration als parlamentarische Demokratie in ein freiheitliches Europa war ein reformierter Franquismus oder ein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – diese Eventualitäten machten nicht zuletzt die zu dieser Zeit geführten Plenardebatten in den Cortes wie auch im Sejm deutlich. Der Übergang zur Demokratie in beiden Ländern war aber nicht nur durch eine starke Entscheidungsoffenheit der Situation geprägt, zugleich war er politisch bedroht: Auf seinem Weg lauerten vielfältige Gefahren, nicht allein von Seiten der am alten Regime festhaltenden Hardliner; Bedrohungen gingen auch von organisierten Teilen der Bevölkerung aus, mit deren revolutionärer und in Gewalt eskalierender Sprengkraft immer gerechnet werden musste. In besonderer Weise galt dies für Spanien, wo die separatistische baskische Terrororganisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna) immer wieder grausame Attentate verübte und mit dem ultrakonservativen Militär und der radikalen Guardia Civil zugleich starke Veto-Akteure bereitstanden.

Für Unsicherheit sorgte zum Teil auch der Umstand, dass der Übergang zur Demokratie als solcher in beiden Ländern keineswegs demokratisch war, was dem Spezifikum des »von oben« eingeleiteten und evolutionär betriebenen demokratischen Wandels innerhalb der verfassungsmäßigen Legitimität des alten Regimes geschuldet war. Sowohl im Hinblick auf ihre politische Idee als auch auf ihr Resultat waren die Übergänge zur Demokratie in Spanien und Polen also nichts anderes als Revolutionen,¹³ durch die im Mantel der Reform auf friedliche Weise und in vielen kleinen Schritten eine neue politische Ordnung etabliert werden sollte. Diese Ambivalenz brachte der Historiker Timothy Garton Ash mit Blick auf die im Frühjahr 1989 einsetzenden Umbrüche in Polen und Ungarn überaus treffend durch seine Wortschöpfung »Refolution« zum Ausdruck – eine Kombination aus den Begriffen »Revolution« und »Reform«.¹⁴ Bezeichnenderweise lässt sich das Modell der »Refolution« auch auf manche Phasen der Übergänge zur Demokratie im Süden Europas Mitte der 1970er Jahre übertragen, und zweifellos ist mit der »ruptura pactada« in Spanien im Sinne eines paktierten Bruchs mit dem alten Regime nichts anderes gemeint gewesen. Dabei verwundert kaum, dass die spanischen Regimeeliten lediglich von der »reforma pactada« oder hinsichtlich des politischen Wandels allgemein von der

¹³ Dass es in erster Linie der Ausgang politischer Umbrüche ist, die solche als eine »Revolution« auszeichnen – dieses Argument vertritt Charles Tilly mit seinem ansonsten klassischen Revolutionsbegriff. DERS., *European Revolutions*, 1992, S. 8.

¹⁴ T. GARTON ASH, *Springtime of Two Nations*, 1989, S. 3–10, hier: S. 3.

»transición« sprachen; sollten doch insbesondere reaktionäre Kräfte durch wie auch immer geartete Vorstellungen eines revolutionären Bruchs (»ruptura«) mit dem Franco-Regime nicht provoziert werden.

Während eine solche Perspektive in erster Linie die zum Ende der Diktatur erfolgten politischen Prozesse als einen besonderen Modus der Reform begreift, sollen die demokratischen Umbrüche hier verstärkt im Fokus ihrer kommunikativen Dimension betrachtet werden: Denn richtet man die Scheinwerfer vor allem auf die Praxis des Verhandeln in Spanien Mitte der 1970er und in Polen Ende der 1980er Jahre, so beschreibt diesen Wandel in vergleichender Perspektive keine Formel eindrücklicher als die der »ausgehandelten Revolutionen«. Während dieser Begriff in der Forschung Anfang der 1990er Jahre vor allem im Zusammenhang mit den Verhandlungsformen der im Osten Europas aufgestellten »Runden Tische« diskutiert wurde,¹⁵ soll diese Formel jetzt in einem größeren Kontext für die Demokratisierung Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein vielschichtiger Kommunikations-, Transfer- und Lernprozess operationalisiert werden.

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht also die Frage, wie die am Übergang zur Demokratie beteiligten Akteure die hier skizzierten politischen Probleme und Herausforderungen durch den Einsatz spezifischer kommunikativer Strategien zu bewältigen versuchten. Die Arbeit fragt damit nach spezifischen Formen des Sprechens, nach Sagbarkeiten, Narrativen, Begriffsverwendungen- und umdeutungen sowie nach den semantischen Zwängen, die aus einem bestimmten politischen Sprechen entstehen. Auf diese Weise reiht sie sich in eine Semiotik der Politik ein, die mit Blick auf die Performanz des Politischen lediglich das öffentliche Sprechen untersucht.

Bezeichnenderweise fanden die Aushandlungsprozesse im Verlauf der Demokratisierung in erster Linie in den Parlamenten Spaniens und Polens statt. Bereits in der Diktatur repräsentierten die franquistischen Cortes wie auch der sozialistische Sejm scheindemokratische Institutionen, die dem jeweiligen Regime einen freiheitlich-partizipatorischen Anstrich verschaffen sollten. In Ermangelung alternativer politischer Foren wurden die öffentlichen Plenardebatten zur wichtigsten diskursiv-meinungsbildenden Arena im Land, aus der heraus die im Wandel begriffenen staatlichen Ordnungsvorstellungen öffentlichkeitswirksam propagiert wurden. Und auch während des Übergangs zur Demokratie in Spanien und Polen stellten die Parlamente nicht nur eine mit Entscheidungsgewalten ausgestattete Gesetzesfabrik dar, die weichenstellende demokratische Reformen auf den Weg bringen sollte. Vor allem verkörperten die Parlamente

¹⁵ Vgl. etwa für die »ausgehandelte Revolution« Ungarns L. BRUSZT, *Negotiated Revolution*, 1990, S. 365–387.

Spaniens und Polens während der Transition in ihrer Darstellungs-, Stabilisierungs- und Legitimationsfunktion eine Art »semiotischen Mikrokosmos«¹⁶ – ein symbolisches Ordnungssystem politischer Kultur.¹⁷ Durch diese Ordnungsprinzipien waren die Parlamente beider Länder ein Ort ständiger Kommunikation, sozialer Interaktion sowie eine Diskurs- und Erinnerungsgemeinschaft, in der die Parlamentarier Fragen und Problemlagen verhandelten, die immer auch Teil des öffentlich Sagbaren waren.¹⁸ Dabei wird man dem vielschichtigen Kommunikationsprozess während der ausgehandelten Revolutionen in Spanien und Polen kaum auf die Spur kommen, wenn man, wie es häufig bei Politologen zu beobachten ist, die parlamentarischen Mechanismen der Gesetzes- oder Verfassungsgebung in den Mittelpunkt der Untersuchung rückt, ohne die Akteure selbst zu Wort kommen zu lassen.¹⁹ Somit interessiert sich diese Arbeit weniger für den legislativen Output als vielmehr für die performativen Kommunikationsaspekte des aus den Parlamenten heraus gesteuerten Übergangs zur Demokratie.

Die während der Transition in den öffentlichen Plenardebatten Spaniens und Polens zu beobachtende politische Kommunikation stand in einer permanenten Interaktion mit der medialen Öffentlichkeit – in diesem Aspekt unterschied sie sich kaum von jener in der Diktatur. Insofern war jedes politische Sprechen im Plenum ein integraler Bestandteil einer dialogischen Kommunikation, die sich nicht nur an den politischen Gegenspieler, sondern vor allem an die breite Öffentlichkeit richtete.²⁰ Auch wenn die Regimeeliten in Spanien und Polen in der Zeit vor den (halb)freien Parlamentswahlen so manche Verhandlungen wie jene mit Vertretern der demokratischen Opposition abseits der Öffentlichkeit führten und vieles hinter den Kulissen besprochen wurde, so war die Öffentlichkeit in den meisten Fällen zumindest über die geheimen Sitzungen informiert; auf diese Weise konnte in dieser politisch angespannten Zeit auch Nicht-Öffentliches entzaubert und der Aufbau der neuen demokratischen Ordnung transparent gemacht werden. Damit wurden Demokratieelemente in beiden Abgeordnetenhäusern nicht nur immer wieder in Gesetzesform gegossen. Durch eine

¹⁶ Diese Begriffsformel stammt von A. BURKHARDT, *Parlament und seine Sprache*, 2003, S. XII.

¹⁷ Zum Verständnis symbolischer Repräsentationen politischer Institutionen im Wandel vgl. die Grundkonzeption des Dresdner SFB 537; einführend K.-S. REHBERG, *Institutionenwandel*, 1997, S. 94–118; sowie empirisch fundiert T. MERGEL, *Symbolik der Sprache*, 2004, S. 369–394.

¹⁸ In seiner Studie über parlamentarische Debatten in England vom späten 18. bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hat Willibald Steinmetz gezeigt, dass britische Abgeordnete durch den Einsatz spezifischer kommunikativer Strategien politische Handlungsräume erweitern konnten und sich dadurch das diskursiv Sagbare in Parlament und Öffentlichkeit verschob. DERS., *Das Sagbare und das Machbare*, 1993.

¹⁹ *Pars pro toto* C.-Y. MATTHES, *Parlamentarismus*, 2002, S. 87–109.

²⁰ Grundlegend zu dieser repräsentativen Funktion von Parlamenten in demokratischen Ordnungen W. J. PATZELT, *Parlamentskommunikation*, 1998, S. 431–441, hier: S. 435 f.

von der staatlichen Zensur befreite Berichterstattung der Massenmedien konnte Demokratie nach rund vier Jahrzehnten Diktaturerfahrung in beiden Ländern erstmals als ein spannendes Medienereignis konkurrierender Kontrahenten inszeniert werden. Bezeichnenderweise entwickelten sich dadurch auch die einzelnen Presseorgane zu immer selbstständigeren politischen Akteuren, die nicht nur das im Parlament Gesagte wie ein griechischer Chor kritisch reflektierten – durch ihre jeweils eigenen kommunikativen Strategien der Presseberichterstattung vermochten sie den Übergang zur Demokratie auch aktiv mitzusteuern.²¹

Dabei konnte ein wie auch immer vorgestelltes Verständigungshandeln im Rahmen der politischen Pakte in den ausgehandelten Revolutionen nicht allein durch ein gemeinsames Gelöbnis zur Demokratie gelingen. Die Annahme, dass ein grundlegender Konsens *quasi* über Nacht hergestellt wurde, greift zu kurz; auch die weit verbreitete Idee, unter dem Konsens lediglich eine Mäßigung respektive den von den Akteuren während der Transition unternommenen Aufruf zur Mäßigung im politischen Sprachgebrauch zu begreifen, zeigt ein nur geringes Interesse für die Tiefendimension der Konsensidee an. Vielmehr musste der Konsens von den an der Transition beteiligten Akteuren im Kommunikationsraum der Parlamente wie auch in der medialen Öffentlichkeit im Rahmen schwieriger Verhandlungen zunächst dialogisch erstritten, schrittweise erlernt und glaubhaft täglich aufs Neue reproduziert werden. Damit muss der von den Akteuren bewältigte Übergang von der Diktatur zur Demokratie als ein überaus komplexer Lernprozess der politischen Verständigung betrachtet werden, der verschiedene Phasen durchlief und sich in verschiedenen kommunikativen Strategien, diskursiven Praktiken und politischen Semantiken ausdrückte. Die an der Transition beteiligten Akteure mussten also erst lernen, Kompromisse einzugehen und den Konsens dialogisch auszuhandeln. Bezeichnenderweise setzte dieser Prozess der Konsensbildung in Spanien und Polen bereits in der Diktatur ein – lange bevor die eigentliche Transition begann. Im Rahmen dieses Lernprozesses knüpften die Akteure nicht nur an den Erfahrungshorizont sowie identitätsstiftende Akte ihrer eigenen Nationalgeschichte an. Aufgrund der Ungleichzeitigkeit der Übergänge zur Demokratie Spaniens und Polens vermochten die politischen Akteure in Polen darüber hinaus von den Erfahrungen der konsens-

²¹ Vgl. diesen Ansatz medienzentrierter Strategien in der Demokratie im Allgemeinen bei W. SCHULZ, Politische Kommunikation, 2011, S. 289–307; differenziert und anhand vieler Beispiele unterscheidet der Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi die verschiedenen Funktionen der von den Medien eingesetzten Strategien. Hiernach können Medienakteure politische Prozesse schon dadurch mitsteuern, indem sie eine Selektionsfunktion in ihrer Berichterstattung vornehmen; entscheiden sie doch darüber, ob überhaupt und in welchen Formaten über ein politisches Ereignis berichtet wird. Auch üben die Medien eine wichtige Kontroll- bzw. Korrekturfunktion aus, wenn es darum geht, auf die politischen Akteure durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit Druck auszuüben. DERS., Strategische politische Kommunikation, 2003, S. 208–239, hier: S. 219 ff.

basierten und friedlich verlaufenen *Transición* der Spanier zur Mitte der 1970er Jahre – von deren politischen Erfolgen und Fehlern – zu lernen. Es wird deutlich, dass Demokratie Lernen einen mehrschichtigen Prozess repräsentiert, der sich in vielerlei Kommunikationszusammenhängen offenbart – ihn gilt es offenzulegen, zu rekonstruieren und zu beschreiben.

Dabei zeigt der Gang dieser Untersuchung zugleich den von den Akteuren beschrittenen Lernprozess ihrer Verständigungsarbeit auf. In beiden Ländern ging es ihnen bei den Verhandlungen nicht nur um die Minimierung potentiell aufbrechender Konflikte zur Vermeidung revolutionärer Entwicklungen – obwohl diese Frage von besonderer Relevanz war und damit auch die große kommunikationsstrategische Klammer für die an der Transition beteiligten Akteure in Spanien und Polen bildete. Vor allem drehte sich dieser Aushandlungsprozess um drei große Aufgabenkomplexe, die meist – und das kam in beiden Ländern erschwerend hinzu – gleichzeitig zu bewältigen waren: (1) Zunächst musste die politische Unsicherheit – die von den Akteuren wahrgenommene Ungewissheit der Zukunft – durch die Neuverhandlung von Legitimationssemantiken reguliert werden. (2) Fernerhin erforderte der demokratische Wandel die Inklusion der bislang stets geächteten Oppositionellen und damit einhergehend eine Öffnung des Konfliktaustrags in einer gemeinsam geschaffenen politischen Öffentlichkeit. (3) Schließlich galt es, einen Konsens über die konfliktreiche Vergangenheit auszuhandeln, der die Menschen im Land in die neue demokratische Ordnung integrierte und ein möglichst starkes »Wir«-Gefühl begründete. Zweifellos stellen diese Aufgabenkomplexe kein Alleinstellungsmerkmal der Übergänge zur Demokratie für die Länder Spanien und Polen dar; mehr oder weniger bilden sie in unterschiedlicher Gewichtung einen integralen Bestandteil einer jeden Transition dieser dritten Demokratisierungswelle. Da jedoch der von den spanischen und polnischen Akteuren durchlaufene Lernprozess der Konsensbildung bei der Bewältigung dieser Aufgaben am stärksten zum Ausdruck kommt, besitzen sie einen wichtigen operationalisierenden Charakter für diese Arbeit.

Welche Probleme galt es innerhalb dieser Aufgabenkomplexe aber genau zu lösen? (1) Bei der Regulierung politischer Unsicherheit stand vor allem die Neuverhandlung politischer Legitimationssemantiken zur Disposition. Am Ende der Diktatur wurde in beiden Ländern ein spezifischer Krisendiskurs aufgebrochen. Dabei wurde der Begriff »Krise« zur zentralen Polarisierungsinstanz, um entsprechend dem Ziel der Reformer auf der einen sowie der Radikalen auf der anderen Seite entweder die Demokratisierung des politischen Systems voranzutreiben oder den Erhalt des alten Regimes abzusichern. Wenn etwa die reformorientierten Abgeordneten im polnischen Sejm zum Ende der Diktatur das Wort »Krise« gebrauchten, versuchten sie damit nicht – wie so oft im kom-

munistischen Polen – in Form einer rituellen Selbstgeißelung im Zuge ihrer gescheiterten Wirtschaftspolitik eine temporäre Liberalisierung des Regimes zu rechtfertigen. Vielmehr war der Krisenbegriff integraler Bestandteil einer Kommunikationsstrategie, um einen möglichst großen Handlungsdruck gegenüber Parlament und Öffentlichkeit aufzubauen und den bereits eingeschlagenen Weg zu den Verhandlungen am »Runden Tisch« weiter zu ebnen.

(2) Überdies verspürten die an der Transition beteiligten Akteure in Spanien und Polen ein hohes Maß an politischer Unsicherheit, die sie als Vertreter ihrer politischen Gruppierung selbst betraf. Dies galt nicht nur für die Vertreter der Opposition, die viel zu gewinnen, aber auch eine Menge zu verlieren hatten. Unsicherheit verspürten vor allem die Regimeeliten, Reformler wie Hardliner gleichermaßen, verfolgten sie doch beide das Ziel, sich irgendwie aus der Diktatur in das neue demokratische System hinüberzuretten.²² Grundsätzlich musste also die von den Akteuren wahrgenommene Unsicherheit kommunikationsstrategisch reguliert werden. Sich beispielsweise als Regimevertreter im Namen seiner Fraktion in eine imaginierte demokratische Tradition zu stellen und sich ein entsprechendes Gesicht zu geben, bedeutete mithin das Gesicht nicht verlieren zu müssen – was einen größeren Stabilitätsvorteil für den gemeinsam zu beschreitenden Weg zur Demokratie versprach. Ähnlich verhielt es sich mit der Verwendung des Zauberworts »Europa«, das Unterschiedliches meinte und mitunter sogar Gegensätzliches anzeigte. In vielen Fällen ging es hier also vor allem darum, Begriffe und Wortfelder mit neuen Semantiken aufzuladen, die anschlussfähig sein sollten und die es den verschiedenen Akteuren erlaubten, ein möglichst großes Maß an Gemeinsamkeit zwischen den einzelnen politischen Lagern herzustellen.

Richtet man den Fokus verstärkt auf die Vertreter der demokratischen Opposition, so fällt auf, dass in den ausgehandelten Revolutionen in Spanien und Polen mit unterschiedlicher Ausprägung in erster Linie Fragen der politischen Inklusion verhandelt wurden.²³ Den sichtbarsten Ausdruck einer solchen Inklusion erreichte die Transition in beiden Ländern in jenen Momenten, in denen Vertreter der Opposition zum ersten Mal gemeinsam mit den Regimeeliten in die staatliche Öffentlichkeit vorstießen – in einen politischen Raum also, der für Oppositionelle bislang strikt tabuisiert war. Solche öffentlichen Premieren politisch Geächteter waren offenkundige Zeichen dafür, dass der politische Diskurs eine gänzlich neue Richtung genommen hatte: Wenn Regimeeliten sich der Diskus-

²² Vor allem Adam Przeworski betont die Bedeutung der politischen Unsicherheit in Transformationsprozessen. DERS., *Problems in the Study of the Transition*, 1991, S. 47–63, hier: S. 58–61.

²³ Zur Problematik der politischen Inklusion oppositioneller Akteure und der damit verbundenen Herstellung einer gemeinsamen Öffentlichkeit im Übergang zur Demokratie der Länder Süd- und Osteuropas vgl. besonders S. P. HUNTINGTON, *Third Wave*, 1991, S. 167.

sion öffentlich zu stellen begannen, anstatt ihre einstigen Widersacher wegzusperren – wie dies am Fernsehduell zwischen Alfred Miodowicz und Lech Wałęsa Ende November 1988 zu beobachten ist –, dann mag dies einem politischen Erdbeben gleichgekommen sein. Obwohl eine solche politische Inklusion in vielen Fällen inszeniert war, folgte sie zugleich wichtigen Funktionslogiken, die der politischen Kommunikation während der Transitionsphase bedeutsame Regulierungsmechanismen boten. In den Parlamenten zwang diese Herausforderung die Abgeordneten in erster Linie dazu, über eine neue parlamentarische Geschäftsordnung eine neue kommunikative Ordnung zu schaffen, die den Konfliktaustrag in der Plenardebatte so gut wie möglich regulierte. Für die Konsensbildung genauso wichtig wie diese Regulierungsmechanismen waren dabei die Verweigerungen derjenigen Akteure, die mit den kommunikativen Regeln brachen und sich den diskursiven Erwartungs- und Anpassungszwängen entzogen.

(3) Während der Übergänge zur Demokratie in Spanien und Polen ging es schließlich immer auch um den Zwang zur nationalen Integration der einzelnen sich in der Diktatur bekämpfenden politischen und gesellschaftlichen Lager. Diese Frage verweist nicht nur auf die Notwendigkeit, einen Konsens über die konfliktreiche Vergangenheit auszuhandeln; zugleich offenbaren sich hier auch verschiedenartig gelagerte Streitpraxen um neue Geschichtsbilder im Zeichen der ideologischen Distanzierung vom alten Regime.²⁴ Wie am Beispiel des von den Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español, PSOE) im spanischen Congreso gestellten Misstrauensvotums gegenüber der Regierung im Sommer 1977 oder der Frage über die neuen Staatssymbole im Winter 1989 im polnischen Sejm zu sehen ist, konnte dieser Konfliktaustrag vom moderaten Verhandlungsstil bis zum dissoziativen geschichtspolitischen Grabenkampf reichen, in dem eine politische Abrechnung erfolgte und ausgewählte Einzelpersonen zur Zielscheibe personalisierter Angriffe wurden. Bezeichnenderweise handelte es sich hierbei sowohl um weichenstellende Praxen der Vergangenheitsbewältigung als auch um den Versuch, die konfliktive Geschichte zur Vermeidung antagonistischer Konflikte zu beschweigen.

Die hier skizzierten Aufgabenkomplexe sind durch eine weitere operationalisierende Kategorie zu ergänzen, die sich in einer Art Vorgeschichte dem politischen Sprechen in der Diktatur, den Akteuren und ihren Handlungsräu-

²⁴ Auf die Bedeutung der Kategorie »Geschichte« in Transitionsphasen verweisen allen voran Juan Linz und Alfred Stepan in ihrer theoriegeleiteten Studie über Demokratisierungsprozesse im Süden wie auch im Osten Europas. DIES., *Problems of Democratic Transition*, 1996, S. XIV; Stefan Troebst greift die von Linz und Stepan gemachte Beobachtung auf und konkretisiert die Bedeutung von »Geschichte« im Transitionsprozess der Staaten Süd- und Osteuropas, indem er sie in funktionaler Hinsicht mit den kulturwissenschaftlichen Kategorien von »Erinnerung« und »Gedächtnis« gleichsetzt. DERS., *Postdiktatorische Geschichtskulturen im östlichen und südlichen Europa. Eine vergleichende Einführung*, 2010, S. 11–51, hier: S. 25–33.

men – und damit einhergehend auch der Frage nach dem von den Akteuren unternommenen Lernprozess der Konsensbildung in den verschiedenen Öffentlichkeiten des Franco-Regimes und des kommunistischen Polens – widmet.²⁵ Eine wichtige dem ersten Untersuchungsteil (I. Teil) unterliegende Hypothese lautet denn auch, dass die diskursiven Grundlagen des Verständigungshandelns bereits in der Diktatur gelegt wurden: Hier lernten die politischen Akteure auf Seiten der Opposition wie auch des Regimes verschiedene Konsensmodi sowohl konzeptionell auszuarbeiten als auch in der politischen Praxis erfolgreich einzusetzen. Mitnichten soll das heißen, dass der in der Diktatur etablierte Verständigungsdiskurs damit eine langsame Erosion des jeweiligen Regimes herbeiführte. Vielmehr bedeutet es, dass das von den Akteuren in der Diktatur erworbene strategische und in der politischen Praxis erprobte *Know-how* der Konsensbildung die Voraussetzungen dafür schuf, dass die Akteure überaus gut vorbereitet waren, als der Übergang zur Demokratie schließlich einsetzte.

Welche Funktionen besaß also politisches Sprechen am Ende der Diktatur – zu einer Zeit, in der das Alte noch nicht ganz verschwunden war und sich das Neue noch nicht ganz etabliert hatte? Wie kommunizierte, stritt und kämpfte man in den Parlamenten, als den Akteuren bewusst wurde, dass ihrem Land ein großer politischer Wandel bevorstehe, dass aber der Übergang in das Ungewisse – in eine wie auch immer vorgestellte Demokratie – nur gemeinsam bewältigt werden könne? Wie wurde das in den Parlamenten Gesagte von der staatlichen wie auch staatlich unabhängigen Presse diskursiv verarbeitet und wie prägte diese Berichterstattung durch kommunikative Rückkopplungsprozesse die politischen Diskurse im Land? Welche kommunikativen Strategien setzten also die politischen Akteure in Spanien und Polen ein, um den jeweiligen Übergang zur Demokratie zu meistern und wie haben diese Akteure in den verschiedenen von ihnen während der Transition durchlaufenen Phasen der Verständigungsarbeit Demokratie gelernt? Welche weiterführenden Erkenntnisse lassen sich schließlich über diese diachron vergleichende und transferhistorische Perspektive gewinnen und inwiefern können die durch diesen Vergleich erzielten Ergebnisse übergeordnete Antworten auf die Demokratisierung Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als einem transnationalen Kommunikations- und Lernprozess liefern?

Was den Zeitraum solcher Übergänge zur Demokratie anbelangt, bemisst die Transitionsforschung diese Phase als das Intervall zwischen einem alten und neuen politischen System.²⁶ Im Zentrum der ausgehandelten Revolutionen in

²⁵ Zur Klassifikation und Bedeutung der verschiedenen Öffentlichkeiten in Diktaturen siehe generell M. SABROW, Politischer Skandal, 2004, S. 7–32.

²⁶ Unter anderem der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel teilt diesen Regimewechsel in drei verschiedene Transitionsphasen ein. Hierzu gehören das Ende des autokratischen Systems, die

Spanien und Polen steht zum einen die Endphase der Diktatur, die Zeit also, in der die Regimeeliten damit begannen, ihre Alleinmacht aufzugeben und mit Vertretern der demokratischen Opposition in Verhandlungen zu treten; zum anderen die Phase des Aufbaus der demokratischen Ordnung und damit die erste Legislaturperiode nach den freien Parlamentswahlen in Spanien und den halb-freien Parlamentswahlen in Polen. In dieser zweiten Phase der Transition begannen die Abgeordneten politische Institutionen aufzubauen, Regeln für das neue Spiel der Demokratie einzuführen und an einer entsprechenden Verfassung zu arbeiten. Der Zeitraum der Untersuchung endet also dort, wo die Gesellschaften in der Demokratie angekommen sind, nicht aber dort, wo man von einer Konsolidierung der Demokratie sprechen kann. Diese letzte Phase mit einzu-beziehen, hätte die in dieser Arbeit verfolgte Fragestellung weit überschritten.

2. Europa als diachroner Kommunikationsraum: Vom anderen lernen – polnische Akteure im Blick auf die spanische Transición

Für die an den ausgehandelten Revolutionen beteiligten Akteure Spaniens und Polens repräsentierte »Europa« vor allem eine freiheitlich-demokratische Wertordnung mit der Verheißung auf Rechtsstaatlichkeit und einen materiellen Wohlstand im eigenen Land. Europa war aber nicht nur der von den politischen Akteuren ausgeworfene Zielanker, sondern muss zugleich als ein komplexes Netzwerk der Kommunikation und Interaktion – als ein gemeinsamer diskursiver Handlungs- und Erfahrungsraum sowie ein synchroner und diachroner Kommunikationsraum – begriffen werden.²⁷ Ein solcher Zugriff auf Europa wird in der Forschung jedoch immer noch viel zu häufig ausgeblendet. Bis heute betrachten vor allem Politologen, aber auch Soziologen und Historiker die Übergänge zur Demokratie in den Staaten des Südens wie auch des Ostens Europas gewissermaßen von der Ziellinie aus, als seien die einzelnen Länder im Zuge der dritten Demokratisierungswelle gewissermaßen automatisch in die Demokratie hineinkatapultiert worden.²⁸ Entsprechend ist auch die europäische Zeitgeschichtsschreibung immer noch viel zu stark von einer Ost-West-Dichotomie geprägt, auf deren Mental Map es Historiker als selbstverständlich nehmen, dem Westen die Rolle der alles erklärenden Instanz zu-

Institutionalisierung der Demokratie und die Konsolidierung des neuen Systems. DERS., Systemtransformation, 2010, S. 94.

²⁷ Europabilder in vergleichender und transferhistorischer Perspektive werden besonders deutlich bei A. BAUERKÄMPER, Wege zur europäischen Geschichte, 2011, S. 33–60.

²⁸ Vgl. etwa W. MERKEL, Systemtransformation, 2010.